

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachbedeckungsarbeiten, in der Kachelofen- u. Stützindustrie, in Schichtbetriebe- und Glasereien, in Püger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hofkerei, Fliesenleger, Ofenbauer, Steinbohr- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonntags. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abbestellens Freitag.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 0 9 5 0 7 7 6 5 0, 7 6 5 1, 6 2 4 0. Postfach. Berlin 65232.

Kontoführer: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Straßburger Chaussee 10. Postfach 100. Berlin S 20 11.

An die Mitglieder der Gewerkschaften! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben. Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letztemal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden. Ihr habt

Jahrzehnte einer harten politischen Schule

hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen. Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die

politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern. Ein freies Deutschland kann **nur ein sozialistisches Deutschland**

sein. Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß **das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal** souverän entscheidet. Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist!

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist! Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt. Alle Stimmen

für die Sozialdemokratie!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Volkssentscheid am 6. November.

Der nachfolgende Aufsatz stammt aus der Feder Theodor Delperts. Obwohl ein Zeit unserer Mitglieder diese Nummer des „Grundstein“ vor dem Wahltag — leider! — nicht mehr erhalten dürfte, halten wir es dennoch für angebracht, den Aufsatz in Auszug zu veröffentlichen. Er enthält seinen Wert auch über die Reichstagswahl hinaus. Den Inhalt des Vorwortes vom A.D.G.B. zur Reichstagswahl am 6. November veröffentlichen wir heute aus dem gleichen Grunde.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie freibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzig mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergößerung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik. Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen. Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollständig zerrissen werden. Obrigkeitstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regierung. Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Überparteilichkeit ist nur eine Ausflucht.

Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt. Trotzdem existiert ihre parteipolitische Unabhängigkeit nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Wefall der Deutschnationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf

die Großagrarier, auf die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie sieht ängstlich mit den Monarchisten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuererlässe und Prämien für sich zu gewinnen, die anderen durch Kontingente und Zölle, die einen wie die anderen durch Subventionen. Der

Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften

redet. An Gelegenheit hierzu hätte es nicht gefehlt. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, seine arbeitserfeindliche, widerspruchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuererlässe, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hinfreten und sich rechtfertigen müssen. Das wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung! Und diese Politik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die

im schroffen, feindseligen Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie

steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Wörkämpfern des Obrigkeitstaates. Sie ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verknüpfen, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschlands, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine

Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werksfähigen Schichten

der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite

das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes

war. Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerlichkeit gegen den Kapitalismus, der die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser

Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen

sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um

den sozialen deutschen Volksstaat

auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen!

Erneuter Notschrei der Bauarbeiter. Und eine Anklage zugleich.

Der freiwillige Arbeitsdienst hat sich bereits in vielen Gegenden und in vielen Fällen so schadenbringend für einen Teil der Arbeiterschaft ausgewirkt, daß wir wieder einmal Protest erheben müssen. Landräte, Arbeitsamtsvorstände und ähnliche Leute, die über Unterfügungsbezieher verfügen zu können glauben, nehmen sich heraus, unter Androhung des Unterfügungsentzuges Arbeitslose zum freiwilligen Arbeitsdienst zu zwingen. Vorerorts ist der F.A.D. bereits zur Arbeitsdienstpflicht geworden. — Einen Einblick in diesen geschwindigen Zustand vermittelt der nachfolgende Querschnitt, der sich auf Grund von Umfragen ergab, die unser Bundesvorstand im September d. J. durchgeführt hat. Seine Umfrage erstreckte sich lediglich auf Bauarbeiten, die entweder im F.A.D. oder als Fürsorgepflichtarbeit bei der Errichtung vorläufiger Kleinwohnungen oder bei Reparaturarbeiten an gemeindeeigenen Baulichkeiten ausgeführt werden. Was sich dabei ergab, ist erneuter Anlaß zum

heftigen Protest der Bauarbeiterschaft, der um so stärker ist, als sie seit mehr als zwei Jahren von großer Arbeitslosigkeit heimgesucht wird. Was heute alles an regulären Bauarbeiten, nicht nur an gemeinbin von den oberen Regionen als ordinär angesehenen Tiefbauarbeiten oder anderer „ungelernter“ Bauarbeit, sondern auch an handwerklicher Hochbauarbeit ausgeführt wird, könnte ungläubig erscheinen in einem Lande, in dem gern hohe Löhne von Gewerkschaften und vom goldenen Boden des Handwerks gelungen werden. Aber es ist für die Bauarbeiterschaft bittere Wahrheit.

Wie groß die Verärgerung gegen die Bestimmungen über den F.A.D. sind, wie wenig auf alle Verdrüßungen selbst führender Männer in der Verwaltung, die noch einen Namen zu verlieren haben, zu geben ist, zeigt zunächst ein Blick nach dem von den „Nationalen“ so sehr verhäßlichen Osten. Zu den „Wüsten und Schwefeln, die vom Vaterlande getrennt leben“, denen man täglich alle Sympathie

Aus der Sozialgesetzgebung

Unfallrenten.

Nachdem nunmehr der genaue Wortlaut der Verordnung vom 19. Oktober 1932 bekannt ist, ergugen wir unsere in voriger Nummer gemachten Mitteilungen dahingehend, daß Rentenfur Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 (nicht 1931, wie es in voriger Nummer hieß) ereignen, nicht mehr gekürzt werden sollen. Es bleiben also lediglich die Unfälle von der Kürzung befreit, die sich nach dem 31. Dezember dieses Jahres ereignen. Die neuen Bestimmungen sollen lediglich dazu dienen, die künftigen Rentenbezieher nicht schlechter zu stellen als die bisherigen. Aber es wäre ein Irrtum zu glauben, daß der Abbau der Unfallrenten um 15 und 7 1/2 % nach der Rechtsverordnung vom 14. Juni 1932 nun auch nur zum Teil wieder rückgängig gemacht wird. Die Unfallrenten werden nach den Jahresarbeitsverdiensten der Verletzten im vorangegangenen Jahre berechnet. Da jedoch in diesem Jahre die Löhne erheblich gekürzt worden sind, hat dies unangenehm eine Kürzung des Jahresarbeitsverdienstes und damit wiederum eine verminderte Rente zur Folge. Würde die bisher geltende 7 1/2-prozentige Kürzung der Renten allgemein aufrechterhalten bleiben, so würden die Unfallverletzten, die im nächsten Jahre hinzukommen, doppelt benachteiligt werden, weil sich ihre Renten nach dem durch Lohnkürzung stark gekürzten Jahresarbeitsverdienst von 1932 errechnen. Die neue Verordnung bringt also keine Verbesserung der Rentenbezieher gegenüber der alten Verordnung, sondern sie besiegelt lediglich eine Ungerechtigkeith, die sich sonst für die Rentner des Jahres 1933 ergeben würde. Die Freizugrenze in Höhe von 25 M., die nach der Rechtsverordnung vom 8. Dezember 1931 bei der Berechnung der Ruhesten vorzuschreiben zu berücksichtigen ist, soll bei Renten, die nach dem Reichsversicherungsgeetz gemat werden, nunmehr auch dann in Anrechnung kommen, wenn die Renten nach dem 31. Oktober 1932 festgesetzt sind.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen unterlassener Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wieberich, in Wilsdorf das Baugeschaft Johannes Sievers, in Groß-Ordnau bei Lubbeck die Baustelle des Unternehmers Arhold, in Osterdorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schuff aus Oberndorf beim Landwirt Mann.

Gliesenleger: In Düsseldorf wird gestreikt. Töpfer Gesperrt sind in Crimmittschau die Firma Hejinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

EL Werbe- und Bildungsarbeit

Bauarbeiterjugend! Her zu uns! Wir werben trotz Krise, trotz Arbeitslosigkeit, trotz Missemacherei und Verweigerung, trotz Kurzei und Hee. Wir wollen, Einigkeit verleiht Stärke, Einmütigkeit gibt neuen Mut. Wir müssen gegen die Reaktion und Machthebenden. Deshalb werden wir unter unsern unorganisierten Jungpolk. Allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern rufen wir zu: Helft bei dieser Arbeit! Organisiert unsere Bekehrte und jugendliche Arbeiter! Schickt sie in unsere Jugendabteilungen!

Unsere allgemeine Werbearbeit wird durchgeführt in erster Linie durch Hausagitator unter Verwendung von Flugblattchen in den drei Wochen des November nach der Reichstagswahl. Ausstellungen und Werberveranstaltungen während dieser Zeit sollen Einblick gewähren in das Wirken gewerkschaftlich organisierter Jungpolks. Zur Durchführung dieser Werbearbeit werden Helfer gebraucht. Jeder von unserm Jungpolk, der sich dabei zur Verfügung stellen kann, melde sich bei seinem Ortsaususs. Außer dieser direkten Mitarbeit ist selbstverständlich auch die Werbetätigkeit an der Baufront, beim Sprechsaal, in Bekanntheitkreisen und daherhin wichtig. Der Erfolg hängt in diesem Falle vom Werber ab. Ein Gewerkschafter von echtem Schwert und Kern wird gegenüber unserm Jungpolk stets das rechte Wort finden und Zutrauen wecken zu seiner Gewerkschaft. Wir dürfen keinesfalls mit Verpochungen und leeren Redensarten werden, auch nicht mit Verdrungen und Schlagworten. Auf „krumme“ Wege müssen wir verzichten. Nur mit Aufrichtigkeit und Innerlichkeit für die Bewegung gewonnene junge Kollegen werden echte Mitkämpfer für unsere Organisation und für den Sozialismus sein!

Wir brauchen Mitstreiter. Die Masse der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter ist noch riesengroß. Tretet daur ein, daß sich dieses Meer verringert! Helfe jeder dabei mit, ob jung oder alt! Gewinnt unsern Kampfs für den Sozialismus!

„Werbe- und Bildungsprogramm 1932/33.“ Auch in der Krissenszeit hat sich die Bauarbeiterjugend ihre geschlossenen und kampferprobten Reihen erhalten. Den Kampf des Bauarbeiterhaues, der Sozialistengesellschaft und anderer gewerkschaftliche, fachliche oder wirtschaftliche Fragen zu unterrichten. Vom Bundesvorstand ist deshalb für den Winter 1932/33 ein Bildungsprogramm aufgestellt worden, an Hand dessen sich die Bauarbeiterjugend aus dem reichhaltig zur Verfügung stehenden Material das für sie geeignete herausfinden können. Vornehmlich werden zu



Hier sind sie zu gleichem Werke vereint, Ihr Kampf gilt dem gemeinsamen Feind, Dem dreimal verfluchten „Marxismus!“ Doch ob sie dem Kampf auch mit Eifer sich weihen Und spucken und reißen und krafen und schreien: Die Triebkraft ist Egoismus! So soll die Phryge der Selbstsucht Pfaen Verdecken und übelster Mammonsucht nusen! Leos.

sammenkunfte in den Baugewerkschaften mit Lichtbildern ausgefallt werden können. Aus den zur Verfügung stehenden Serien seien nur einige genannt: Der Bund — Aufbau — Wirken. Jungpolk, an die Front! Volkswirtschaft des Alltags. Entwicklung des Arbeitsrechts, Nationalisierung. Bauarbeiterkaufkraft. Die Schlichterordnungen sollen nicht nur in den Baugewerkschaftsvereinen gehalten werden. Wesentlich erspart dem Bundesvorstand, sie auch in den Jahrbüchern halten zu lassen. Einige Baugewerkschaften haben bereits Serien bestellt. Baugewerkschaften, die es noch nicht getan, können es nachholen. Der Beginn des planmäßigen Durchführens der Vorträge ist wegen der Reichstagswahl am 11. November verlegt worden. Den Baugewerkschaften, die ihre Vortragsabende bereits festgelegt, sind die neuen Termine bereits mitgeteilt worden. Besondere Serien, die in Jugendabteilungen, Fachgruppen oder in Arbeitsgemeinschaften vorgeführt werden sollen, sind außerhalb des aufgestellten Werbe- und Bildungsprogramms jederzeit zu erhalten.

Jungpolk an die Front! So betitelt sich eine Serie, die von den Jugendabteilungen im Bunde erapft. Sie zeigt die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenhangens für das Jungpolk; zeigt Bauende, Arbeitsmangels, Wanderfahrten, Jugendtreffen und vielerlei, was sowohl für die Jugend als auch für die älteren Kollegen und besonders für die Eltern wichtig ist. In den Bildern erzählt die Jugend von sich und von ihrer Arbeit in den Jugendabteilungen. Manchen wird die Vielfältigkeit ihrer Tätigkeit wundern. Gerade das emsige Bestreben der Jugend, Vollkommenes zu leisten, und das Streben, fähige Facharbeiter, Gewerkschafter und Sozialisten zu werden, wird aus den Bildern deutlich. Wer die Serie sieht und die Bilder zu sich sprechen lässt, wird Freund und Förderer unserer Jugendarbeit. Das ist der Zweck der Bilder. Sie sollen helfen, das Jungpolk gewerkschaftlich zu organisieren, auf daß sie sich in den Jugendabteilungen das Nötige für den Kampf der Arbeiterklasse aneignet!

Aus den Bezirksverbanden

Bezirksverband Breslau. Für das Gebiet Mittelschlesien sind die im Frühjahr 1932 durch den Sondergerichtlichen festgelegten Löhne vom Schlesischen Baugewerkschafterbund am 31. Oktober 1932 gekündigt worden, und zwar zu dem Zwecke, die Stundenlöhne in diesem Gebiet, die schon jetzt bis zu 34 M. je Stunde herabgesetzt sind, um weitere 30 % abzubauen. Allerlei leere Redensarten sollen dieses brutale Vorgehen entschuldigen. Diese Herrschtsarten lernen nichts zu. Immer wieder bauieren sie mit der bloßen Redensart, durch Lohnabbau könne die Wirtschaft „angekurbelt“ werden. Unter „Wirtschaft“ verstehen sie natürlich nur sich. Wo der Arbeiter dabei bleibt, ist ihnen gleichgültig. Sogar das Landesarbeitsamt mußte kürzlich anerkennen, daß es unmöglich sei, die Bauarbeiterlohne noch mehr zu kürzen. Die Herren schreiben ur Schwarzarbeit und Unterfahrlarbeit. Wenn unter Tarif gearbeitet wird, dann hat daran der Unternehmer die Schuld, der die Notlage der Arbeiter ausnützt und außerdem tarifbruchig wird. Und die Schwarzarbeit dürfte, falls die Löhne noch mehr gekürzt werden, noch mehr um sich greifen, denn schließlich kann Tot kein Gebot mehr. Die Löhne, die die schlesischen Bauunternehmer den Bauarbeitern nunmehr zumuten, wären jo niedrig, daß der abgebaute Erwerbssloe dann mehr Einkommen hätte als der arbeitende Kollege. Selbstverständlich haben die Bauarbeiterorganisationen abgelehnt, unter solchen Umständen und angeichts einer solchen herausfordernden mit den Unternehmern weiter zu verhandeln. Erwähnt sei, daß von fünf Unternehmernbestehen, in denen die Lohnabkommen zum 31. Oktober 1932 ablaufen, einzig und allein nur der Breslauer Bezirk gekündigt hat. Unsere Kollegen aber mögen endlich erkennen, daß alles gefahren werden muß, um die Organisation zu stärken. Wir müssen die Wankelmutigen wieder geraderichten, und alle, die glauben, der Organisation den Rücken kehren zu können, nur um die Beiträge zu „sparen“, müssen sich wieder in Re und Gleid mit uns stellen. Dann werden wir auch das Anfinnen der Unternehmer abwehren können. Im übrigen mögen sich die Herr-

schaften nicht wundern, wenn angesichts solcher Zumutungen die Arbeitsluft der hungernden und ausgepörrten Massen nachlast. Lohn und Arbeitsquantum stehen stets in einem nicht wegulugenden Gegenseitigkeitsverhältnis. Dies mögen die Unternehmer ebenfalls beachten.

Aus den Baugewerkschaften

Magdeburg. (Ausstellung „Sozialistischer Aufbau“.) Obwohl zur Vorbereitung dieser Ausstellung nur acht Tage zur Verfügung standen, ist ihre Aufmachung dennoch gut gelungen. Was die Ausstellung an sozialistischer Kulturarbeit bringt, zeigt sich erst, wenn in dieser Aufmachung die gesammelten Werte den Massen zugänglich gemacht werden. Die Arbeit, die die Bauarbeiter ausstellen konnten, hat großen Anklang gefunden, vor allem freilich dies zu auf die Modelle aus den Bauenden. Auch die Entfaltung eines Häuserblocks, eine Gemeindefacharbeit aus den Bauenden, erzeugt großes Interesse. Ferner wird von uns gezeigt das Elbwerderlager für die Elbuberfuhrung bei Kottensee, eingerammt mit den Gefellenfacharbeiten seit 1925. Im Hintergrunde befinden sich die Bilder unserer Vorkämpfer Karl Schuch und Hermann Silbergschmidt. Ferner wird von uns das Werbematerial unseres Bundes gezeigt. Besonders beliebt werden die Flächen durch unsere Tafeln für den Bauarbeiterhau. Dabei befinden sich gute Hymnen. Die Ausstellung wird täglich von Tausenden besucht. Alle Organisationen haben gewerkschaftler, in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit Beiles zu schaffen. Die geringen Kosten stehen zu dem bisherigen großen Erfolg in keinem Verhältnis. Wir wünschen, daß unser Beispiel Nachahmung funde!

Aus den Fachgruppen

Dachdecker. Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages. Mit Wirkung vom 15. Oktober 1932 ist der Reichstarifvertrag im Dachdeckerhandwerk allgemeinverbindlich erklärt worden. Den späteren Termin verhalten die zahlreichen Einsprüche, die von allen Seiten und aus allen Bezirken gegen die Allgemeinverbindlichkeit eingeleitet worden sind. Insbesondere haben sich die Pappdachfabrikanten gegen die Allgemeinverbindlichkeit gewehrt, in einigen größeren Bezirken auch jene Dachdeckermeister, die nicht dem vertragsstehenden Reichsverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks angehören. Merkwurdiggenaue haben sich verschiedene Staatsregierungen diesen apozialen Anträgen angegeschlossen, wobei als besonders unrühmliche Ausnahme das Reichsministerium in Weimar genannt werden muß, das anscheinend keine dringenderen Aufgaben kennt, als die Ruckfahigkeit der fuhringlischen nichtorganisierten Dachdeckermeister zu unterdrücken. Aus diesem Grunde erklärt es sich, daß von der Allgemeinverbindlichkeit auch noch ausgenommen sind: Thüringen und das Reichsgebiet Benheim, weil beide Bezirke soll noch weiter verhandelt werden. Neu an dem Text der Allgemeinverbindlichkeit ist dieses Mal, daß auch familieliche Löhne, wie am 15. Oktober 1932 Weltung hatten, allgemeinverbindlich erklärt worden sind. Neu ist ferner, daß Dachpappenfabrikanen, soweit sie Dachdeckerarbeiten ausführen, mit unter den Tarifverfasser fallen, wenn „es sich um selbstständige Abteilungen handelt, die gewerkschaftlich Dachdeckerarbeiten ausführen“. Dieser Wortlaut ist zwar noch nicht der Weisheit letzter Schluss, aber er ist doch bedeutend klarer und für die Tarifparteien einwandfreier als der bisherige Wortlaut, in dem es hieß, daß Dachpappenfabrikanen nur dann unter den Reichstarifvertrag fallen, wenn sie in selbstständigen Dachdeckerarbeiten nachweislich sehr schwer nachzumachen war. Jedes Unternehmen hat auch andere Arbeiter, z. B. Kanalarbeiter, Stroen- oder Brickenbau, im Betrieb vereinigt, so daß immer bestritten werden konnte, daß nur Dachdeckerarbeiten berichtet werden. — Mit der Allgemeinverbindlichkeitserklarung ist nunmehr — von Thüringen und Benheim abgesehen — das Tarifvertragswerk von 1932 abgeschlossen. Die Verhandlungen haben rund sechs Monate beansprucht. Ein Beweis, wie hartnäckig von der Reichsfachgruppe mit den Unternehmern und Verborden um jede Position gekämpft werden mußte, wobei wir in diesem Zusammenhang allerdings auch anerkennen wollen, daß in einigen Punkten, besonders soweit es den Text der Allgemeinverbindlichkeit betrifft, die Vertragsparteien vollkommen gleicher Meinung waren.

Isolierer. Allgemeinverbindlichkeitserklarung. Der Reichstarifvertrag für die Arbeiter der Wärme- und Kaltfachtechnik ist mit Wirkung vom 15. Oktober 1932 an für allgemeinverbindlich erklärt worden. Leider werden davon vorläufig die Wirtschaftsgelbete Ober- und Niederfachelien ausgenommen. Der Baugewerkschafterverband Breslau, der dem Unternehmervorstand für die Wärme- und Kaltfachtechnik einige Mitglieder abgeleigt hat, hat bei seinem Bestreben, die Allgemeinverbindlichkeit nicht für Ober- und Niederfachelien ausprechen zu lassen, Erfolg gehabt. Es wird also versucht werden, um die zum Teil völlig unzutreffenden Behauptungen dieser Unternehmerorganisation zu entkräften. Um jedoch Verzugungen für das übrige Reichsgebiet zu vermeiden, wurde von unserm Vertreter dem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums, vorläufig Schlesien von der Allgemeinverbindlichkeit auszunehmen, zugestimmt. Soffentlich wird es unsern Bemuhungen gelingen, die Provinzen Ober- und Niederfachelien ebenfalls noch in die Allgemeinverbindlichkeit einzuweihen. Die allgemeine Verbindlichkeit soll — vorbedinglich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister — jeweils mit den Bestimmungen des Reichstarifvertrages enden.

Was lehren uns die Reichstagswahlen?

Ansesichts der überragenden Bedeutung dieser Wahlen zum Reichstag soll in der Nr. 50 des „Grundstein“ in der

BUNDES-TRIBUNE
eine Aussprache über das in der Ueberschrift enthaltene Thema gehalten werden.
Wer sich an der Aussprache beteiligen will, muß seine Zuschriften bis zum 28. November der Schriftleitung zugehen lassen.

In einer Zeit, da Parlamentarismus und Parteien verfallen werden, erheben wir das Banner der Partei, wir bekennen uns zu den Tugenden der eisernen Vorhe, zu den Worten Georg Herweghs:
Partei, Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
die doch die Mutter aller Siege war!
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider!
Und die Parole: Schlove oder freil!
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder
und kämpften auf der Sinne der Partei!

Politische Zeitnotizen

Urteil des Staatsgerichtshofes im Prozeß Preußen gegen das Reich. In diesem Prozeß hat der Staatsgerichtshof verkündet, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen sei mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichshandlungskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorzugehen und Nachbefugnisse zu erteilen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen zu übertragen. Die Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Ministern die Vertretung für das Land Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu erteilen. Diese Entscheidung ist in ihrem letzten Teil eine Ohrfeige für die „grundtätlich neue Staatsführung“, reißt jedoch die geschwollene Wacke im ersten Teil mit beruhigender Salbe ein. Wenn nun die Papen-Regierung vorzutreten sucht, daß sie das Urteil in allen Teilen bestritte, so ist sie sehr bescheiden. Ihre Widerlage ist nicht wegzunehmen. Der Staatsgerichtshof hat zwar die unrichtige Frage der Einsetzung eines Reichshandlungskommissars in den Ländern grundsätzlich bejaht und in das unkontrollierbare Ermessen des Reichspräsidenten gestellt, aber der Regierung Braun-Severing ausdrücklich bezeugt, daß sie — und nur sie allein — das unbeschränkte und unbeschränkbare Recht und damit die Pflicht zur Vertretung Preußens nach innen und außen besitze. Auch wird in der Urteilsbegründung ausdrücklich erklärt, daß durchschlagende Gründe zur Amtsenthebung der Regierung Braun-Severing nicht vorgelegen hätten. Keinerlei Pflichtwidrigkeit könne der Preußenregierung nachgewiesen werden. Demnach bleibt übrig die bloße, durch keinerlei moralisches Recht gestützte Machthandlung. Durch dieses Urteil ist das Papen-Kabinett in eine schiefe Lage geraten. In einem konstitutionellen Lande müßte es lang- und klanglos abtreten. Aber es fällt sich zur Herrschaft „berufen“ und wird auch trotz des Urteils des Staatsgerichtshofes die Regierungsvorgänge in Preußen im allgemeinen in dem von ihm geschaffenen Zustande belassen. Papen hat ja in München erklärt, seine Regierung habe nicht nur den Willen, sondern auch die Macht, sich um ihre Pläne durchzusetzen. Und da die tatsächliche Macht bei Papen und Schleicher liegt, werden sie diese Macht auch in ihrem Sinne ausüben. Es kommt nur noch darauf an, wie sich der Reichspräsident zu der Sache stellt. Nach der Verfassung wäre er verpflichtet, das Leipziger Urteil sachgemäß durchzuführen. Warten wir das Weitere ab!

Der Reichshandlungskommissar hat keine Zeit! Als sich die durch den ADGB und den IFA-Bund vertretenen Gewerkschaften kürzlich mit dem Wirtschaftspläne der Reichsregierung auseinandersetzen, hatten sie den Reichshandlungskommissar von Papen hierzu geladen. Er hatte keine Zeit. Als dann bald darauf der Deutsche Beamtenbund in Berlin sagte, folgte auch hier Papen der Einladung nicht. Er hatte keine Zeit. Zeit hat der Reichshandlungskommissar nur, wenn es sich um Lagungen der Industriellen, der Vertreter der Landwirtschaft, der Handwerksmeister oder um Stahlhelmparaden handelt. Das gehört ebenfalls auch zur „grundtätlich neuen Staatsführung“.

Sittler-Weisagung im Mänds-Pergament. Jergendeln „Erlauchter“ oder auch Uebergehnapper sucht in einem von ihm verfaßten Buche die Erklärungen der Heiligen Schrift des Neuen Testaments auszugraben, und siehe da, er kommt zu folgender Erkenntnis: „In Deutschland steht ein großer Mann auf, wie noch keiner gelebt hat. Er ist aus niedrigem Geschlecht und Stande, aber ein von Gott erkorenes Werkzeug. Er hat viel Verstand und Herzhaftigkeit. Man folgt ihm willig in Kampf und Tod. Erst dann kommt alles wieder in die gehörige Ordnung und ins alte Gleis.“ Zu dieser seltsamen Weisagung sagt der Entbecker

dann noch: „Deutschland wird bis zur Ankunft seines Retters Erschütterungen erleiden, wie es noch niemals erlitten hat. Selbst den Dreißigjährigen Krieg nicht ausgenommen.“ Natürlich bezeichnen dies die gläubigen Nazis auf ihren geschwätzigen „Führer“ Hitler. Verriekt und drei machen sieben!

Deutschland braucht keinen Jaren! So sagte kürzlich der bayerische Ministerpräsident Dr. Held in einer Wähler-versammlung in Landau. Dabei wandte er sich scharf gegen die politischen Methoden der Reichsregierung und erklärte, das deutsche Volk werde sich auf die Dauer nicht so be-



Über unter der „grundtätlich neuen Staatsführung“ ist eben heute in Deutschland allerlei möglich!

Folgen des Antarkiebidfalls. In Holland ist einem großen Teil der deutschen Hausangestellten die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert worden. Eine erhebliche Anzahl deutscher Hausangestellten sind bereits ins deutsche Arbeitslosenzentrum zurückgekehrt. Auch gegenüber billigsuchenden deutschen Familien läßt das Entgegenkommen der holländischen Behörden stark nach. Eine ganze Reihe von Familien ist bereits über die Grenze gesetzt worden, wo sie den deutschen Grenzorten zur Last fallen. Dieses Vorgehen der Holländer ist verschuldet durch die deutsche Kontingenzierungspolitik. Nach dem Vorkopf deutscher Frauen folgt nun der Vorkopf deutscher Menschen. Eine Folge der Wirtschaftspolitik der Papenherrschafft!

Lumi als Nazi-Redner. Jawohl, Lumi von Hohenzollern ist unter die Volksredner gegangen und schimpft als Nazi-Redner auch auf die Stahlhelmer. Darob große Entrüstung im Stahlhelmlager. Dem einst so heiliggeliebten Lumi wird vorgeworfen, er habe seine finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile lediglich dem Kampf „nationaler“ Kräfte gegen die Fürstentumslage zu verdanken. Während des Weltkrieges und bis 1927 habe er eine „bemerkenswerte Zurückhaltung“ beobachtet, dann sei er zum Stahlhelm gekommen und habe den Bundesführern öffentlich unverbrüchliche Treue geschworen. Schließlich bezeichnet man den lieben Lumi sogar als Renegaten. Es macht allerdings Spaß, zuzusehen, wenn die „feinen Leute“ sich gegenseitig in den Haaren liegen!

Armer „Stabschef“ Röhm! Im Zentralblatt der Nazis, dem „Völkischen Beobachter“, lasen wir folgendes: „Alle boshafte Liebe der Judenese, den göttlichen Schöpfungsgedanken durch körperliche Beziehungen zu Arieren, Geschwistern oder Gleichgeschlechtlichen zu durchkreuzen, werden wir in Kürze als das gefährlich kennzeichnen, was sie sind, als ganz gemeine Abtrünnung von Gott, als allerhöchste, mit Strang oder Ausweisung zu ahndende Verbrechen.“ — Vorausabend (siehe dies der „Völkische Beobachter“ am 2. August 1930. Man konnte damals noch nicht so weit in die Zukunft schauen. Armer „Stabschef“ Röhm!

Reisenüberschüsse aus der Arbeitslosenerziehung. Während den Arbeitslosen durch die Papen-Regierung eine ungeheure Kränkung ihrer Unterstützung aufgedrückt wurde, hat die Reichsanstalt für WAWB, innerhalb weniger Monate aus den Versicherungsbeiträgen so gewaltige Überschüsse angehäuft, daß nunmehr nicht 1/10 vom Reichs mehr unterstügt werden braucht, sondern daß sie dem Reich so viele und Zusätze von mehreren hundert Millionen Mark gewähren kann. So ist's recht! Die von den Arbeitenden aufkommenden Beiträge zur Arbeitslosenhilfe erhalten heute Schwerunternehmer und Junker als Liebesgaben! Eine geradezu wunderbare „grundtätlich neue Staatsführung“!

Sie sind überall egal! Nämlich die Nazis, und zwar in ihrer Brutalität. In Wien erschossen Hakenkreuzmörder einen schätzlichen Beamten. Als die Witwe vom Begräbnis heimkehrte, fand sie folgenden Brief eines Nazisüßlebens vor: „Man empfindet es geradezu als eine Enttäuschung des Gottesackers, daß Ihr Mann als Obvergessen dort zur ewigen Ruhe befristet wurde. Nach den ganzen Umständen wäre der richtige Ort seines Austrustens nach seiner anstrengenden Tätigkeit als Führer der roten Wandverbände die Senkgrube gewesen. Kein Funke von Mitleid gegenüber Ihrem von den roten Wandverbänden niedergeschossenen Mann! Diese Tat war offenbar der Dank für seine treue Zugehörigkeit zu diesen roten Wandern. Es ergeht an Sie der Appell, mit Ihrem verzweifelten Verwandtenanhang auch weiterhin für der roten Wandverbände anzugehören.“ Deutsche Nationalsozialisten haben in ähnlichen Fällen an Frauen und Mütter ihrer Opfer ähnlich geschrieben. Die Nationalsozialisten aller Länder bilden eine Internationale der Gemeinheit und der Verkommenheit.

Sittlers Portier. Im Braunen Hause zu München hat Sittler selbstverständlich einen Portier. Er ist ein Schläger-

Unterhaltung und Wissen

Bauproletenos.

Da haßt im Profetariertviertel einer Kleinstadt am Rande des Harzes ein junger, arbeitsloser Bauprolet. Sein Vater, obwohl ein armer Bergmann, war bemüht, ihm ein besseres Zukunftsfeld zu verschaffen. Er ließ ihn die Mittelschule besuchen und gab ihm dann bei einem Maurermeister in die Lehre. Dieser Maurermeister ermöglichte es, daß der angehende Bauprolet drei Semester die Bauhschule besuchen konnte; das Geld dafür stellte er zur Verfügung, auch gab er ihm Verdienstmöglichkeiten.

Doch dann kam die Wirtschaftskrise. In der jungen Kollege, der so hoffnungsvoll ins Leben geblickt und vorwärtsgetrieben hatte, kette das Los vieler Hunderttausende. Das Geschäft seines Meisters lag still, dieser konnte ihm auch keine Mittel mehr zu weiterer Schulbildung geben. Ein entsprechendes Verbot an die Behörde wurde ebenfalls abgelehnt. So wird diesem jungen Bauproleten die Zukunft verarmelt. Er bekommt in seiner Not im Wohlfahrtsstaat der Millionäre auch keinen Pfennig Unterstützung. Höchstens, daß man für ihn den wunderschönen freiwilligen Arbeitsdienst übrig hat...

Unser junger Bauprolet verzagt nicht; er hat die Lehre des Sozialismus erfaßt. Er weiß, daß unter dem Freiheitsbanner des Sozialismus keiner mehr nach Brot schreien wird, daß für die Männer vom Bau Gerüste entstehen werden, die eine Fülle von Arbeit künden. Er weiß auch, daß nur der Sozialismus freie Bahn dem Tüchtigen schaffen wird. Darum verweigert er nicht. Er steht als Streiter in den Reihen der Eisernen Front. Sein Freiheitsruf klingt, seine Faust reckt sich hoch empor. Und er sagt, die Lösung von Millionen Armen sei auch seine Lösung. Deshalb wird er am 6. November trotz aller Not zukunftsprophetisch stimmen für die Liste 2, für die Interessen der Sozialdemokratie und seiner Gewerkschaft! Damit stimmt er für Demokratie, für Freiheit, für Brot, für Recht und Gerechtigkeit!

Sittliche Weltordnung?

Sittliche Weltordnung... wie heißt das bei einer Hungert, der andere heißt?

Sagt, ist die Weltordnung sittlich, nur weil es euch gut geht? Ist das Zusammenleben in dieser Ordnung göttlich, nur weil ihr zu essen, zu kleiden und zu wohnen habt? Ihr sprecht von der sittlichen und göttlichen Weltordnung, obwohl große Massen hungern und darben. Aus bleichen, abgezehnten Menschen schreit die Not. Die dünnen Glieder abgehehlter Frauen sind ein trübendes Bild des Elends. Aus müden Kinderäugen spricht es fraurig-ernst in das Herz...

Wir hämmern die Front!

Wir hämmern die Front Aus Eisen, aus Stahl — Wir hämmern die Front Der Novembermahl! Wir hämmern die Front Bei Tag und bei Nacht! Wir hämmern die Front Der eisernen Wacht! Wir hämmern die Front Gegen Hunger und Not, Wir hämmern die Front Für Freiheit und Brot! Wir hämmern die Front Der Massenpartei! Wir hämmern die Front Der Liste zwei! Vorwärts! Wir marschieren!

Geht ihr das nicht? Fühlt ihr das nicht? Weht es in euch denn nicht auf?

Ach nein! Konk würdet ihr euch zur Tat empören, ihr wäret Feinde dieser Ordnung, die ihr sittlich und göttlich nennt!

Der dock — ihr kennt ihn, denn er ist überall —, der arbeitet und arbeitet sein Leben lang und er beschließt seine Tage ebenso wie er sie begonnen hat, im Wegetieren aus der Hand in den Mund, im Kampf um den Augenblick...

Und der da arbeitet auch, doch dann ist er ohne Arbeit. Tage? Nein, Monate, Jahre! Er hat Kraft zum Schaffen, aber dazu kein Recht. Das Leben der Arbeit hat keinen Platz für ihn. Und eine Unterfütterung schickt ihn kaum vor dem Verhungern...

Und der da? Der ist gezeichnet vom Glück. Der hat alles und mehr als alles. Und sein Besitz macht ihn faul, faul, berechnend, gefühllos und mißbeilob und brutal. Diesen Träger der Ordnung, die ihr göttlich nennt...

Kann jemals diese Ordnung sittlich sein, die vom materiell-egoistischen Verlangen getragen ist? In der eine Klasse bestimmend ist und die andere nur das Glück genießt, das sie der Herrenklasse abtrohnt?

Die Zeit war, wo ihr die sittlichen Begriffe in Büchern niederlegtet und lernen liebet und zu glauben zwangt. Ein neues, heiliges, ungeschriebenes Gesetz steigt mit dem Kampfe des Volkes aus der Geschichte, und das heißt: Arbeit in Freiheit, Menschengläubigkeit, Gemeinamkeit!

Aus Sowjetrußland.

In Moskau ist kürzlich ein Mann erwacht, der fünfzehn Jahre hindurch geschlafen hatte. Sein erster Spaziergang führte ihn auf den Moskauer Paradenplatz. Er fand begeisterten Herzens Abparungen, Militär, nodmal Militär, er hörte Marschmusik und sah paradiereende Truppen im Stiefschritt erakt vorbeimarschieren und es ergriß ihn eine großartige Festimmung und er rief „Lang lebe unfer gnädigster Jar!“

Dann wurde er erschossen. Das arme Schweln mußte ja nicht, daß er die ganze Revolution verschlafen hatte...

ky ersten Ranges, der elf Vorstrafen wegen Hochverrats und einige andere wirklich nicht ehrenhafte Vorstrafen auf dem Korbholz hat. Auf diesen Vorstrafen ist Hitler stolz. Kürzlich wurde er sogar durch das Naziblatt "Kampfbote" der stammenden Mithel im Bilde serviert. Das Bild zeigt diesen Herrn Johannes Schöner in vollem Glanze. Er wird als ein Vorbild offeriert, dem die SA-Jünglinge nachstreben sollen. Wärrlich, eine feine Marke!

Sachenkreuz = Sowjetstern. Wenn man die Wahrheit, die bei Wiederkehr dieser Zeiten noch andauert, der Sachenkreuz und der sogenannten Kommunisten miteinander vergleicht, so finden wir, daß sie in allen ihren Wahlaufstrufen wie ein Ei dem andern gleichen. Ob Nazis oder Kozis — beide beherrscht bei allen ihren Kundgebungen der gleiche Phrasenschwall. Die abgedroschenen nationalsozialistischen Bspreden sind den Kommunisten bei ihrer Werbearbeit gerade gut genug, während die Nazis wiederum versprechen, die Ketten der Arbeiterknechtschaft unter allen Umständen zu zerbrechen. Wärrlich, Nationalsozialismus ist auf beiden Seiten Trumpf. Und so etwas nennt sich haben wie drüben "Arbeiterpartei".

Wie die KPD, das Staatsgerichtsurteil in Leipzig angeht. Die KPD, und ihr voran die "Rote Fahne" überkugelt sich im Wahlkampf in Angriffen, Verdrüssigungen und Verleumdungen gegen die SPD. Wir sagten schon früher, daß sie immer wieder in der Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften den "Saupfenn" erblickt. Was sagt sie nun zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs? Es heißt da in der "Roten Fahne": "Die Generring und Braun dürfen den Ministerposten weiter fragen. Sie bekommen Dienstpersonal und amtliche Arbeitsräume. Sie dürfen im Preussischen Landtag, im Staatsrat und im Reichsrat erscheinen und präferieren. Das nennen sie einen Sieg der Arbeiterklasse." So ist's recht. Der Titel, die Gehälter, das Auto — das ist alles, was die kommunistischen Führer sehen. Die Zerstörung der reaktionären Verfassungspläne, die entscheidende Veränderung in der Stellung des Reichs zu den Ländern, das Schmelzen der gefährlichen und verstocktesten Klänge, die unter dem Namen Reichsreform und Verfassungsreform laufen — das alles steht das kommunistische Demagogentum nicht! Die Hege gegen die Sozialdemokratie ist ihnen wichtiger als die Aufklärung der Arbeiterknechtschaft über das, was ist. Aber angehörs dieser bösen Demagogie eine Frage: Warum hat denn da am 20. Juli nach der Absetzung der Preussenregierung die kommunistische Partei zum Generalstreik für Braun und Generring aufgerufen? Diese Frage stellen heißt die Hanswurffrolle der kommunistischen Partei aufzeigen. Bei jeder Niederlage der Reaktion beklammert sie gegen die Sozialdemokratie. Sie scheint mit Gemalt auf den Sieg der Reaktion hinzuzufeuern. Gesähne dies — ihr würde es dann am jämmerlichsten ergehen!

Weitsünze im KPD-Lager. Bereits an anderer Stelle sagten wir, daß die Wahlaufstrufe der KPD, und der SPD, sich gleichen wie ein Ei dem andern. Vor allem schreien die Kommunisten genau wie die Nazis: "Der Versaillescher Schandvertrag ist sofort außer Kraft zu setzen und für null und nichtig zu erklären. Jede Tributzahlung ist zu verweigern." So wird räsoniert und geschimpft über etwas, dem vor allem durch die beharrlichen Bemühungen der früheren Reichskabinetts Stresemann, Müller und Braun

Bildet Arbeitsgemeinschaften!

Unsere den Jugendabteilungen entwachsenden aktiven Mitarbeiter sowie ehemalige Kurssteilnehmer und andere Funktionäre unseres Bundes müssen in jeder Baugewerkschaft zu regelmäßigen Veranstaltungen zusammenkommen, um sich über Tagesfragen und gewerkschaftliche Zukunftarbeit auszuspreschen.

Gemeinschaftlichkeit im Denken und Handeln stärkt die Entschlußkraft, läßt verzettelte Kräfte mächtig und einheitlich wirken, hält Schwankende bei den Fahnen und hilft aktive Kräfte zu gemeinschaftlichem Handeln zusammenschweißen.

In einigen Baugewerkschaften sind schon Arbeitsgemeinschaften gebildet worden. In andern wird noch gezögert.

Warum?

Fehlt die Unternehmungslust? Weist man nicht, wie angepackt werden kann?

Wie einst ein Stamm tatbereiter Gewerkschafter die Bewegung zusammenhielt, sie groß und stark machte, ihr Weg und Richtung wies, so müssen auch heute

die aktiven Gewerkschafter an die Front, um für das gewerkschaftliche Ganze zu wirken.

Der Bundesvorstand steht mit Anregungen und Material für die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung. Auch Broschüren für Arbeitsgemeinschaftszwecke sind vorhanden. Sie sind bei Bedarf durch die Baugewerkschaften anzufordern.

ning die Offizäne ausgebrochen worden sind. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß der Verfaller Vertrag ohne ein besonderes Zutun nationalsozialistischer Verbebung in der Verlenkung verschwinden wird kraft der immer mehr und mehr um sich greifenden Völkervernunft. Aber die KPD glaubt halt, mit solchem nationalsozialistischen Irrsinn Nazis auf ihre Seite locken zu können. Außerdem süßt sie damit die Politik Moskaus. Der Wählerfang ist haben wie drüben die Saupfanne. Auf grundsätzliche Ueberzeugung kommt es dabei nicht an. So macht die KPD, in nationalsozialistischem Sumbog, während die Sozialdemokratie auffordert zur sozialistischen Aktion!

Neuwahlen in Belgien und Dänemark. In Belgien, wo die Gemeindevahlen den Sozialisten große Erfolge gebracht haben, ist aus diesem Grunde das Parlament aufgelöst und sind Neuwahlen auf den 27. November ausgeschrieben worden. Am 4. Dezember soll zu den Provinzial-Verfassungen neu gewählt werden. Auch in Dänemark soll am 16. November ein neuer Reichstag gewählt werden. Dort hatte das Oberhaus die Gesetzentwürfe über die Weisenerordnung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgelehnt. Deshalb die Neuwahl, wobei die Regierung hofft, auch für das Oberhaus eine Linksmehrheit zu erzielen. Wir wünschen bei beiden Wahlen der Sozialdemokratischen Partei beste Erfolge!

Zehn Jahre Mussolini. Italien "feiert" die zehnjährige Herrschaft Mussolinis. Daß es dabei mit Glanz und Gloria

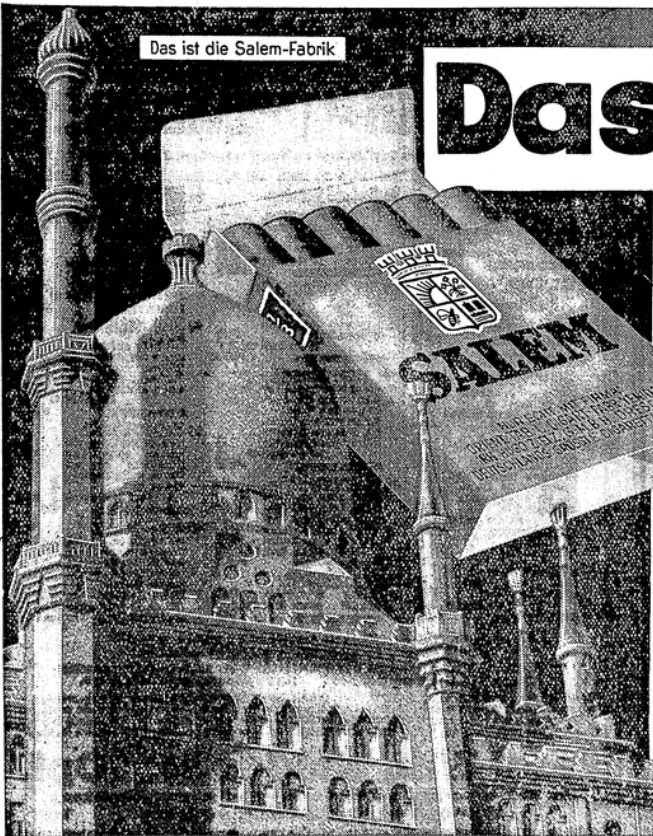
zugeht, verfehlt sich am Rande. Die politische Bilanz dieser zehnjährigen Herrschaft der faschistischen Schwarzgebenden ist allerdings jämmerlich. Innenpolitisch ist sie gekennzeichnet durch die Zerstörung aller Freiheit moderner und zivilisierter Staatswesen und durch das Monopol der Faschistenpartei und der Faschistenpresse, die Umwandlung der Reichspresse in ein Nachhelferment der herrschenden Minderheit umzugehen; außenpolitisch beobachtet man nichts als vermehrte Rüstung und Unruhestillung in Europa. Sozialpolitisch herrscht die Willkür des Unternehmertums. Streiks sind bei schwerer Strafe verboten, die Löhne sind nahezu die tiefsten in Europa, die Arbeitslosenunterstützungen sind so minimal und von so kurzer Dauer, daß die private Wohlfahrtspflege eingreifen muß. Jede Opposition wird unterdrückt und mit langjährigen Zuchthausstrafen und Verbannung bedacht. Das ist Italien nach zehnjähriger Herrschaft des Faschismus!

Allgemeine Rundschau

Kauferei um Steuergutscheine. Zwischen Bauunternehmern und Bauherrschaften ist ein heiliger Krieg darum entbrannt, wem der Papienche Steuergutscheine und die Papienche Lohnherabsetzung zugute kommen soll. Von der Fachgruppe Bauindustrie und dem Reichsverband der Deutschen Industrie werden der Reichskanzler und die diversen Ministerien bombardiert mit Vorstellungen, wonach die Steuergutscheine den Bauunternehmern zugute kommen müßten. In einem Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler vom 10. Oktober wird dagegen Sturm gelaufen, daß die bayerischen Straßen- und Flußbauämter in einer Vertragsniederlage für die Aufträge im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bestimmt hätten, daß etwaige Steuergutscheine nicht den beteiligten Unternehmern, sondern der bayerischen Staatsbauverwaltung zugute kommen sollen. Wenn wir zu diesen Groß-Wärrer-Krieg unsere Meinung sagen sollten, so gingen sie dahin, daß — unbeschadet unserer grundsätzlichen Ablehnung solcher Liebesgaben — die Steuergutscheine den Bauherren gehören. Bei Aufstellung der Unternehmerangebote waren die Vorteile der Papien-Verordnungen den Unternehmern noch gar nicht bekannt, sie haben also jedenfalls so kalkuliert, daß sie auch ohne diese Vergünstigungen zurecht kommen dürften. Ihnen nun nachträglich durch die Verordnung Extravorteile zuzuschlagen, zumal der eigentliche Faktor, der Arbeit schafft, der Bauherr und nicht der Bauunternehmer ist, wäre vollkommen ungerecht und verfehlt. Den Arbeitern allerdings kann es natürlich gleichgültig sein, wer sie in dieser Weise ruft. Das beste ist, sich in allen solchen Fällen gegen diese Sonderausbeutung zu wehren!

Internationales Konförium für öffenliche Arbeiten. Zur Zeit wird über die Errichtung eines Konföriums verhandelt, dem aus England die Firmen Dorman, Long & Co., Ltd., Midblesborough und London, Holland and Sannen and Cubitts, Ltd., London und die Zimmer and Trinidad Asphalt Co., Ltd., Lon-

Das ist die Salem-Fabrik



Das Raucher-Ideal

ist im Grunde genommen stets dasselbe:

Die milde Zigarette von hochwertigen orientalischen Tabaken.

Daher steht an der Spitze aller deutschen Marken seit Jahrzehnten

die milde SALEM 3 1/3

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

